



i2010 – Europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung

Im Juni 2005 hat die EU-Kommission in einer Mitteilung an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen ihre Initiative „i2010“ als Kernpunkt der vom Europäischen Rat im Frühjahr 2005 als Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung neu formulierten Lissabon-Strategie vorgestellt. Angestrebt wird der Aufbau einer integrativen Informationsgesellschaft mit breiter Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) durch den Öffentlichen Dienst, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und private Haushalte. Die wirtschaftliche Bedeutung der IKT ist hoch. Ein Viertel der Zunahme des EU-Bruttoinlandprodukts und 40 % des Produktivitätszuwachses entfallen auf die IKT. Das Wachstum im Bereich der IKT ist in etwa doppelt so hoch wie das der übrigen europäischen Gesamtwirtschaft. Als Querschnittstechnologie sind die IKT wichtig für das Wachstum anderer Branchen und fördern die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Am 29. September legte die Kommission als Teil der Initiative i2010 eine Strategie für die optimale Nutzung des Funkfrequenzspektrums vor.

Titel	Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“, (KOM(2005) 229 endgültig) Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Frequenzpolitische Prioritäten der EU für die Digitalumstellung im Hinblick auf die bevorstehende regionale Funkkonferenz 2006 (RRC-06)“, KOM(2005)461 endg.
Datum des Dokumentes	1. Juni 2005, dem BT zugeleitet am 03. Juni 2005 und 29. September 2005
Bereich	Wirtschaft und Beschäftigung, Informationsgesellschaft
Rechtsgrundlage	-
Verfahren	-
Stand des Verfahrens: Oktober 2005	Beratungen im Rat Telekommunikation am 01.12.2005, Kommission erwartet nationale Reformprogramme bis Mitte Oktober 2005

Die Kommission stellt mit ihrer Initiative i2010 die Weichen für einen strategischen Rahmen und ein integriertes Gesamtkonzept für die Informationsgesellschaft. Da die Technik zunehmend alltagstauglich werde, resultiere aus

der digitalen Konvergenz von Diensten, Netzen und Geräten auch das Bedürfnis nach politischer Konvergenz und als Folgewirkung die Notwendigkeit einheitlicher rechtlicher Rahmenbedingungen.

Die Kommission hat drei Prioritäten identifiziert:

1. Ein einheitlicher europäischer Informationsraum, der einen offenen und wettbewerbsfähigen Binnenmarkt für den Bereich Informationsgesellschaft und Medien fördert,
2. Steigerung von Innovationen und Investitionen in IKT-Forschung zur Förderung von Wachstum und zum Entstehen neuer Arbeitsplätze und
3. Aufbau einer integrativen Informationsgesellschaft, die vereinbar ist mit nachhaltiger Entwicklung und u. a. bessere öffentliche Dienste, d.h. Leistungen, ermöglichen soll.

Ein **einheitlicher europäischer Informationsraum**, erstgenannte Priorität, soll mit erschwinglichen, sicheren und schnellen Breitbandverbindungen sowie reichhaltigen und vielseitigen Inhalten und digitalen Diensten ausgebaut werden. Die Kommission strebt ein einheitliches Regelwerk u.a. für audiovisuelle Medien, digitales Fernsehen, Online-Handel und Rechte am geistigen Eigentum an. In diesem Kontext soll noch 2005 die **Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“** überprüft werden. Bis zum 05. September 2005 lud die Kommission im Rahmen einer öffentlichen Konsultation auf der Basis eines Themenpapiers zu Stellungnahmen ein. Danach sollen bis 2007 alle Vorschriften, die die digitale Wirtschaft betreffen, einer Analyse unterzogen werden. Für die neuen schnellen Drahtlosanwendungen soll EU-weit der marktgesteuerte Zugang zu Frequenzen erleichtert und noch 2005 eine **Strategie für effiziente Frequenzverwaltung** vorgelegt werden. Interoperable Geräte, Plattformen und Dienste sind Voraussetzungen für die digitale Konvergenz. Deshalb sieht die Kommission den Einsatz von Forschungsmitteln und die Förderung offener Standards vor und kündigt hierzu „falls notwendig“ verbindliche Vorschriften an. i2010 steht deshalb auch für ein umfassendes Konzept für die **effektive und interoperable Verwaltung digitaler Rechte**. Begleitend soll eine Strategie für eine sichere Informationsgesellschaft erarbeitet werden.

Innovationen und Investitionen in die Forschung, zweite Priorität des neuen Ansatzes, sollen um bis zu 80 % zulegen, um den Investitionsrückstand im Vergleich der EU-15 zu den USA und Japan, der bei einem IKT-FuE (Forschung und Entwicklung) als Anteil an der Gesamt-FuE von 18 % im Vergleich zu 34 % und

35 % liegt, aufzuheben. Die Kommission unterscheidet dabei zwischen strategischer IKT-Forschung zum Ausbau anerkannter Stärken (Nanoelektronik, Web-Dienste, kognitive Systeme) und gezielter Forschung bei besonderem Bedarf (integrierte Lösungen, Sicherheit und Benutzerfreundlichkeit).

Europa, so die Kommission, brauche insgesamt höhere IKT-Investitionen, um das sog. Barcelona-Ziel von Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Höhe von 3 % des Bruttoinlandsproduktes zu erreichen. Neben der Forschung müsse auch die Integration der IKT in Produkte und Dienste gefördert werden, insbesondere bei den KMU.

Verbessert werden soll auch der **Transfer von Forschungsergebnissen in wirtschaftliche Erfolge**. Die Kommission kündigt an, künftig risikoreiche und kreative Konzepte unterstützen zu wollen und die Durchführung größerer Projekte durch öffentlich-private Partnerschaften zu fördern. Bei der strategischen Förderung sollen die im 7. Forschungsrahmenprogramm identifizierten Technologieschwerpunkte berücksichtigt werden. Ergänzende Maßnahmen sollen Anreize schaffen für private Investitionen in die IKT-Forschung. Für den elektronischen Geschäftsverkehr soll eine Strategie mit dem Ziel, die technischen, organisatorischen und rechtlichen Einführungshindernisse insbesondere für die KMU zu beseitigen, ausgearbeitet werden. Am 03. August 2005 hat die Kommission angekündigt, 1 Mrd. € in 276 neue Forschungsprojekte im Bereich der IKT zu investieren.

Die dritte Priorität, **Integration besserer öffentlicher Dienste und Lebensqualität**, soll dazu dienen, IKT breiten Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen und den Bürgern grundlegende digitale Kompetenzen zu vermitteln. Öffentliche Dienste sollen besser, leichter zugänglich und kostengünstiger werden. Auch hierzu hat die Kommission Initiativen angekündigt, darunter strategische Leitlinien für die elektronische Zugänglichkeit (e-accessibility) und Breitbandversorgung, eine Initiative für digitale Integration, die aufgenommen wird in die strategischen Leitlinien für die Strukturfonds und den Fonds für ländliche Entwicklung, und einen Aktionsplan für elektronische Behördendienste (e-government) Die Kommission sieht die neuen Dienste auch als einen Beitrag zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität und schlägt **IKT-Vorreiterinitiativen** zu Themen wie „Bedürfnisse der alternden Gesellschaft“, „sicherer und sauberer Verkehr“ und „kulturelle Vielfalt“ vor.

Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, in **nationalen Reformprogrammen bis Mitte Oktober 2005** Prioritäten im Einklang mit den integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung zu formulieren, die der wirtschaftlichen Bedeutung der IKT gerecht werden. Ziel sei die zügige Umsetzung der neuen Rahmenbedingungen zur digitalen Konvergenz. Ausgaben für IKT-Forschung soll Vorrang eingeräumt werden, moderne und interoperable IKT-gestützte öffentliche Dienste aufgebaut werden. Ehrgeizige Zielsetzungen auf nationaler Ebene sollen zur raschen Weiterentwicklung beitragen. Entsprechend der neu gestalteten Berichtspflichten zur Lissabonner Strategie sollen die **jährlichen Umsetzungsberichte** Auskunft geben über die Erfolge bei der Durchsetzung der nationalen Reformprogramme. Die Kommission wird die Berichte prüfen und hat angekündigt, mit den Mitgliedstaaten im Rahmen der **Methode der offenen Koordinierung** eng zusammenarbeiten und so u.a. den Austausch beispielhafter Verfahren zu fördern.

Die Initiative i2010 ist als Gesamtstrategie politisch bedeutsam. In ihr vereinigen sich zahlreiche Einzelinitiativen und der Wunsch, ein vielschichtiges Regelwerk aktualisiert zusammenzuführen. Die veranschlagte Erhöhung der Finanzmittel für IKT-Forschung um 80 % muss im Hinblick auf die Agenda 2007 mit nationalen Positionen in Einklang gebracht werden. Die britische Ratspräsidentschaft hat eine intensive Befassung des Rates noch in 2005 angekündigt.

Mit der nun vorgelegten Strategie zur Funkfrequenznutzung will die Kommission einen integrierten Markt für innovative drahtlose Geräte und Dienste entwickeln und verspricht sich von einem EU-weiten Konzept für die Verwaltung von Funkfrequenzressourcen und einer stärkeren Flexibilität beim Zugang zu Frequenzen einschließlich

der Möglichkeiten lizenzfreier Nutzungen deutliche wirtschaftliche Impulse. Der Kommission ist daran gelegen, die im Zuge des Übergangs vom analogen zum digitalen Rundfunk frei werdenden Frequenzkapazitäten und die erwarteten „ungenutzten“ Frequenzen (sog. Frequenzdividende) teilweise neuen Diensten zur Verfügung zu stellen. Sie fordert deshalb die Mitgliedstaaten u.a. auf, eine gemeinsame Strategie mit dem Ziel harmonisierter neuer Frequenzbereiche auszuarbeiten und einen gemeinsamen Standpunkt für die im Mai 2006 stattfindende zweite Sitzung der regionalen Funkkonferenz, auf der ein neuer Frequenzplan ausgehandelt werden soll, zu erarbeiten.

Quellen:

- Mitteilung der Kommission KOM(2005) 229 endgültig,
- Mitteilung der Kommission KOM(2005) 461 endgültig
- House of Commons, European Scrutiny Committee, Second Report of Session 2005-06, S. 3 ff
- Pressemitteilung der Kommission vom 3. August 2005, IP/05/1034
- Themenpapier zur Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen, http://europa.eu.int/comm/avpolicy/revision-tvwf2005/consult_de.htm

Heike Baddenhausen-Lange, Fachbereich XII – Europa, Tel.: 227-33614,
E-mail: vorzimmer.wf12g@bundestag.de